

Die Krise hat einen Namen

Im Strudel der Wirtschaftskrise ungeahnten Ausmaßes wollen die herrschenden Klassen mit staatlicher Politik Panik vermeiden und verteilen eine Beruhigungspille nach der anderen. Dabei sind die Rettungsmaßnahmen in Form von Finanzspritzen Versuche, mit staatlichem Kapital diejenigen Löcher zu stopfen, die durch die Flucht oder Vernichtung privaten Kapitals erst aufgerissen wurden.

Diese Form des neuen Staatsinterventionismus ist dazu da, im Vorhinein zu legitimieren, dass die Verantwortung für die kapitale Krise nicht von jenen getra-

gen wird, die von diesem Wirtschaftssystem am meisten profitiert haben - und die es weiterhin propagieren. Die Kosten sollen auf uns abgewälzt werden. Politik und Management greifen zu altbewährten Mustern, die vor allem zweierlei bewirken sollen: weiterhin die Zustimmung zu ihrer Politik sichern - und das System schützen, das ihnen ihre Macht erhält. Denn nicht sie werden es sein, die noch beschissenere Arbeitsbedingungen oder dem Hartz IV-Horror unterworfen werden, die in sinnlosen Maßnahmen der Beschäftigungsindustrie ihre Zeit vergeuden müssen, nicht sie sitzen auf der Straße, weil sie ihre Miete nicht mehr bezahlen können, es sind nicht sie, die ausgewiesen werden, weil Arbeit angeblich nur noch für das sogenannte eigene „Volk“ da ist. Obwohl sie bis in den Bankrott abgewirtschaftet haben, wollen sie weiter darüber bestimmen, wie es weiter gehen soll.

[Fortsetzung auf Seite 4]

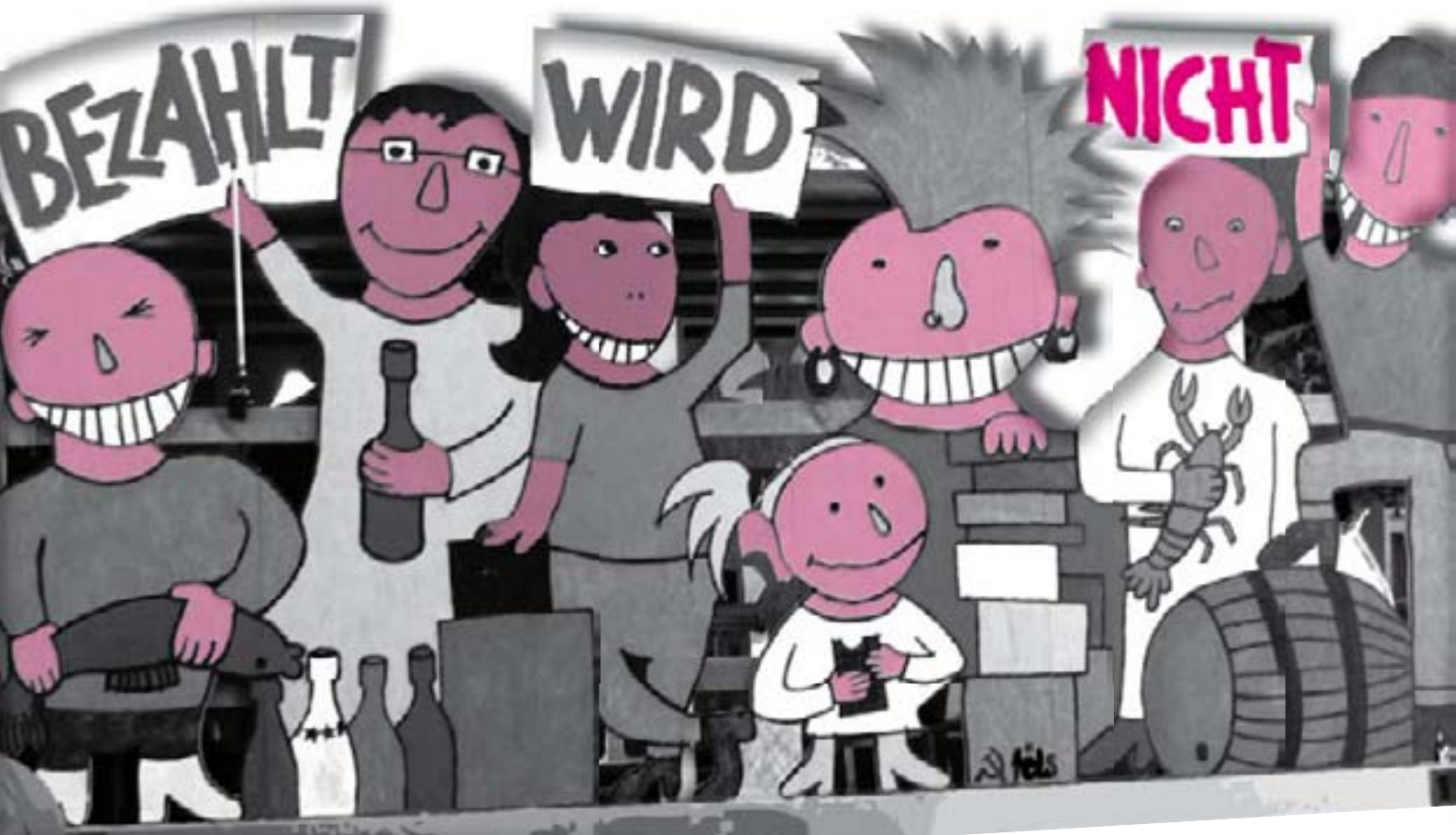
S. 2/3: Mayday /// Wir

S. 4: Krise /// Editorial

S. 5/6: Klima /// Nato-Gipfel

S. 7: Antifa

S. 8: Termine





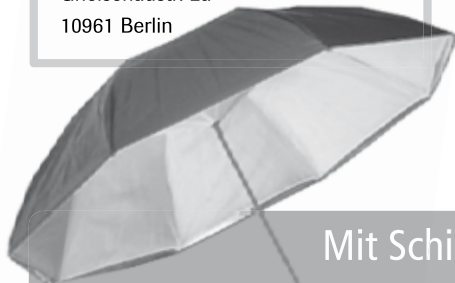
Wir

Für eine linke Strömung (FeLS) ist eine Berliner Gruppe, die sich seit 1991 um die Weiterentwicklung linksradikaler Politik bemüht. Wir arbeiten in verschiedenen themenbezogenen Arbeitsgruppen: es bestehen die Themen-AGs Antifa, Internationale Solidarität, Soziale Kämpfe und Klima. Eine fünfte AG gibt etwa zweimal im Jahr die Zeitschrift *arranca!* heraus. FeLS mischt sich regelmäßig ein: auf lokaler Ebene, wo wir aktuell u.a. im Mayday-Bündnis arbeiten, uns in Arbeitskämpfen engagieren und zusammen mit der Flüchtlingslingsinitiative Brandenburg rassistische Flüchtlingspolitik bekämpfen. Wir unterstützen den ‚Arbeitskreis undokumentiertes Arbeiten‘ und sind Teil der Kampagne „Gemeinsam - Gegen die NPD“. Wir sind aktiv an den Debatten zu einer anderen Klimapolitik beteiligt und planen den alternativen Klimagipfel in Kopenhagen mit. Und wir sind organisiert in der Interventionistischen Linken, einem bundesweiten antikapitalistischen Netzwerk.

Wir sind eine offene Gruppe und freuen uns über neue Leute.

fels@nadir.org
www.fels-berlin.de

FeLS c/o Schwarze Risse
Gneisenastr. 2a
10961 Berlin



Mayday2009...der große Wurf!

Ich krieg die Krise!

Am 1. Mai 2009 findet in Berlin die vierte MaydayParade statt. Sowohl die Parade selbst als auch der lokale Bündnis- und Organisationsprozess sind mittlerweile zum Bezugspunkt für all jene geworden, die sich am 1. Mai mit ihren prekarierten Lebens- und Arbeitsbedingungen auseinandersetzen wollen.

Die Unterschiedlichkeit unserer Lebens- und Arbeitsrealitäten steht dabei bewusst im Vordergrund: Diejenigen die studieren oder zur Schule gehen, kämpfen dort gegen Kopfnoten, Mittelkürzungen und Lernstress; Andere beziehen ALG II und sind fast täglich mit disziplinierenden und repressiven „Maßnahmen“ des angeblichen „Sozialstaats“ konfrontiert. Wieder andere müssen sich mit Niedriglohnjobs durchschlagen oder hangeln sich durch unbezahlte Praktika oder von einem kreativen aber kaum entlohnten „Projekt“ zum nächsten.

„Meine Lebensrealität zählt!“ - Die MaydayParade

2008 war die Parade mit etwa 7000 Teilnehmenden für uns sehr ermutigend. Die Menschen, die zum Mayday kommen, stellen ihre eigenen Forderungen und machen so ihre konflikthafte Lebensrealitäten sichtbar. Allerdings ist auch Kritik angebracht: Denn offensive Versuche, die Vereinzelung der Prekarierten zu überwinden, sollen noch mehr als bisher einen Ausdruck auf der Parade finden. Das heißt jedoch, dass wir die Form und den Ausdruck der Parade weiterentwickeln müssen. Kollektives Handeln ist gefragt, daher wollen wir alle TeilnehmerInnen ermutigen, sich untereinander abzusprechen und als Gruppen auf der Parade aufzutreten, um noch mehr als bisher schon eigene inhaltliche Schwerpunkte zu setzen. Wir wollen dieses Jahr verstärkt

mit neuen Aktionsformen experimentieren und freuen uns, wenn ihr mit dabei seid.

„Widerstand und Organisation ist alles!“ - Der MaydayProzess

Aus den Erfahrungen der letzten Jahre wissen wir, wie wichtig es ist, auch über den Tag der Parade hinaus als Ansprechpartner für alle sichtbar zu sein, die sich in Konflikten am Arbeitsplatz befinden und von gewerkschaftlichen Strukturen nicht erfasst und vertreten werden. Der Mayday ist mehr als nur eine Parade, er ist ein gemeinsamer Organisationsprozess!

Das bedeutet auch, dass wir die Kooperationen mit organisierten Gruppen und Initiativen ausbauen müssen, indem wir immer wieder nach Möglichkeiten suchen, uns gegenseitig zu unterstützen. Auch wenn die vielen unterschiedlichen TeilnehmerInnen eigene Schwerpunkte setzen und bei ganz unterschiedlichen Konfliktfeldern ansetzen: wir treffen uns dort, wo es um die gemeinsame Vision einer solidarischen Gesellschaft geht.

„Sag‘ mir, was du forderst ...!“ - Das Gemeinsame

Die Suche nach gemeinsamen Forderungen und Handlungsperspektiven steht noch am Anfang. Doch das ist kein Grund für Verzweiflung: Wo immer Menschen nach Wegen für grundlegende gesell-

Mit Schirm und Charme zum Mayday

„You can stand under my umbrella“ (rihanna)

Mit Schirm und Charme (und Melone?) zum Mayday! Die Finanzminister der G20-Staaten spannen milliardenschwere

Schutzschirme über ihren Kapitalmärkten auf. Doch wer spannt den Schutzschirm über die Prekären? Machen wir auf dem Mayday einen Anfang! 1. Mai – Tag des Schirms! Bringt Regen-, Sonnen-,

Fall- und andere Schirme mit. Sinnvolle Verwendung garantiert!

Mehr Informationen in Kürze unter

berlin.euromayday.org

schaftliche Veränderungen suchen wird viel gestritten, ausprobiert und auch wieder verworfen. Es ist jedoch eine zentrale Erfahrung der letzten Jahre, dass unsere Forderungen nicht nur „abstrakt, steril und moralisch richtig“ sein sollten, sondern im Hier-und-Jetzt ansetzen müssen, an unseren alltäglichen Erfahrungen und den emanzipativen Bedürfnissen und Widerständigkeiten, die sich daraus ergeben. Immer wieder ergeben sich gerade dort, wo unsere Kreativität und unsere Solidarität konkret gefordert sind alternative Sichtweisen, die die Bereitschaft für grundlegende Veränderungen erst herstellen. Daraus folgt, dass unsere Forderungen nicht nur den Charakter von Appellen an den Staat haben können. Ein bedingungsloses Existenzgeld für Alle, kostenloser öffentlicher Nahverkehr sowie umfassende Gesundheitsversorgung, gerechter Zugang zu Bildung, ein Bleiberecht für Migrant_innen oder Mitsprache bei der Gestaltung des eigenen Stadtteils, all diese Forderungen müssen immer auch als Prozess der konkreten Aneignung von unten begriffen werden. Wir müssen uns immer auch nehmen, was wir selbst viel besser können als jede Staatsbürokratie: Unser Recht auf solidarischen Zugang zu Ressourcen - egal ob es sich um Stadtteilgärten und Bildungseinrichtungen für alle, oder um Gesundheitsversorgung, Bleiberecht und Mobilität handelt.

„New York, Rio, Tokyo!“ - Neuer Internationalismus

In vielen Städten in der BRD finden mittlerweile MaydayParaden statt, darunter Berlin, Hamburg, Hanau, Tübingen, Aachen und Bremen.

Darüber hinaus gibt es in vielen Städten Europas und seit 2007 sogar in einigen Städten Japans den Mayday, so dass mittlerweile ein stetig wachsendes transnationales Netzwerk entstanden ist. Wir begrüßen diesen Prozess sehr, denn nur als globale Bewegung wird der Mayday langfristig Fuß fassen können. Eine sich neu konstituierende kämpferische Klasse wird sich nur global als wirklich antagonistische Kraft etablieren können.

„...3...2...1...Los!“ - Nach dem 28.03. ist vor dem Mayday

Das Maydaybündnis hat sich aktiv bei der Vorbereitung der Großdemonstration „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ hier in Berlin eingebracht. Für uns war und ist dabei wichtig, dass die Gruppen, die die Demo vorbereitet und getragen haben, auch nach dem 28.03. weiter konstruktiv zusammenarbeiten. Die MaydayParade selbst soll den Schwung vom 28.03. aufnehmen und weiter tragen.

Wir möchten, dass sich viele Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen in den MaydayProzess einbringen können. Das kann auf ganz unterschiedlich Art geschehen: Beteiligt euch an den inhaltlichen Diskussionen, bringt eure Ideen für Veranstaltungen oder Aktionen ein, macht selber mit und organisiert beispielsweise einen Themen-Wagen auf der Parade. Werdet Teil der Parade und artikuliert eure Forderungen auf eure ganz eigene kreative Weise!

Die Bündnistreffen sind offen und werden regelmäßig öffentlich bekannt gegeben.

FelS
AG Soziale
Kämpfe

Editorial

Wer sich umguckt denkt: alles beim Alten. Im Briefkasten Rechnungen, auf der Strasse Stau, im Nacken den Jobcenter. Aber immerhin: es wird wärmer.

In den Nachrichten die Hiobs-Botschaften zu den fallenden Aktienkurse sind ein wenig neu - und eine spürbar werdende Nervosität bei den Denkern und Lenkern im Land: Die Krise überrollt ‚uns‘.

Noch mehr?

Versuchen wir lieber, etwas Gutes draus zu ziehen: Die Krise bedeutet auf jeden Fall, dass sich etwas verändern muss. Ein Wendepunkt, sozusagen. Danach ist nichts mehr wie es vorher war. Vielleicht verlieren auch die Rechnungen, das Verkehrschaos, der Jobcenter und auch der Klimawandel ihren Schrecken.

So sehen wir es - und bringen eine neue Ausgabe der arranca Extra heraus.

Wir beschreiben darin den aktuellen Stand unserer Aktivitäten und die Möglichkeiten, die wir sehen, um sich nicht überrollen zu lassen - von nichts und niemandem. Wie immer sind auch einfach Angebote dabei, mit zu machen. Denn am besten ist es sicher, die Krise gemeinsam zu begehen.

Eure A!Extra-Redaktion

Impressum

Herausgeberin und V.i.S.d.P.:
S. Schmidt
Gneisenastr. 2a
10961 Berlin



Mayday 2008

Die Krise hat einen Namen

[Fortsetzung von Seite 1]

Sie versuchen ihre Krise mit den Rezepten von gestern zu verwalten. Und sie versuchen uns glauben zu machen, dass diese Verwaltung nötig sei. Die Andeutungen darüber, wer die eigentlichen Kosten dieser Maßnahmen zu tragen hat, weisen wie üblich in die gleiche Richtung; demnächst wird es wieder heißen: Gürtel noch enger schnallen! Wir würden einen großen Fehler machen, wenn wir uns dem nicht entgegenstellten. Darum sagen wir: Damit muss Schluss sein! WIR zahlen EURE Krise nicht!

UNS dagegen muss es darum gehen, eine gesellschaftliche Debatte um den Umgang mit der Krise zu führen, die mehr ist als sich von einer Krisenverwaltungsform in die nächste und übernächste führen zu lassen. WIR müssen den scheinbaren Gesetzmäßigkeiten von Konkurrenz und Verwertung und dem ständigen Drang, alles zur Ware zu machen, unsere widerständige Praxis entgegensetzen. Viel stärker, als wir es bisher getan haben - während wir gleichzeitig versuchen, eine alternative, solidarische Ökonomie aufzubauen.

Leben wir nicht seit dem wir denken können in einer permanenten Krise? Wir, jede und jeder Einzelne von uns, funktioniert nach dem morgendlichen Klingeln des Weckers fast nur noch nach ökonomischen Maßstäben. Das soziale Leben ist dem vollkommen untergeordnet. Es ist an uns, zu begreifen, dass wir gegen diesen permanenten Krisenzustand gemeinsam vorgehen müssen. Es gilt, uns zu organisieren und über gemeinsame Interessen zu verständigen. Unser Widerstand und unsere Forderungen sind dabei genauso vielfältig wie wir selbst.

Wir gehen auf die Straße, denn staatlicher Schutz für das Kapital wie die Finanzspritzen für private Banken oder Rettungsversuche bei Opel, werden die Probleme nicht lösen. Die Verluste werden sozialisiert, die Gewinne bleiben private. Wir sind es, die sich einmischen müssen: etwa am 1. Mai beim Mayday,

in der laufenden Kampagne „Zusammen gegen die NPD“ oder im Dezember beim UN-Klimatreffen in Kopenhagen.

Dort haben wir konkrete Forderungen zu vertreten: Bleiberecht für alle, Grenzen auf, Freedom of Movement und gleiche Rechte für Flüchtlinge und MigrantInnen. Gegen die steigende soziale Unsicherheit, die Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen, fordern wir einen Schutzschirm für Prekäre, Existenzgeld und kostenlose Gesundheitsversorgung, freie Bildung und kollektive Verkehrsmittel für alle umsonst. Dies hängt mit einer radikalen ökologische Wende in der Klimapolitik und einer Absage an den kapitalistischen Wachstumszwang untrennbar zusammen, einschließlich einer Abkehr von industrieller Landwirtschaft, vom motorisierten Individualverkehr und somit der Autoindustrie. Um zu erkennen, was wirklich wichtig ist, müssen wir offen miteinander reden. Was macht uns krank in diesem System? An welchen Orten kriegen wir die Krise? Was muss geändert werden? Wie können wir es ändern?

Durch unseren Einfluss - den jeder und jede von uns hat - gilt es, auf allen Ebenen, von der Stadtteilarbeit über die Universität, im Betrieb, in den Schu-

len, in NGOs, in den Gewerkschaften, in Parteien und Stiftungen, mit FreundInnen, KollegInnen und Nachbarn aktiv zu werden, diese und andere Forderungen zu artikulieren. Es gilt, jede weitere Privatisierung zu verhindern, bestehende rückgängig zu machen, sich den gesellschaftlichen Reichtum anzueignen und zu vergesellschaften, und gemeinsam eine solidarische Ökonomie und reale Gegenmacht aufzubauen.

Massenblockaden, Streiks und Aneignungsaktionen sind probate Mittel unseres Protests. In vielfältigen sozialen Praktiken wird die praktische Kritik der kapitalistische Verunsicherungsökonomie bereits heute Realität. Um etwas zu verändern, müssen wir auf's Neue alternative Politikformen ausprobieren und damit gemeinsam Erfahrungen sammeln.

Denn wenn wir es schaffen, unsere Kritik und Praxis zuzuspitzen und zu radikalisieren, den Widerspruch sichtbar zu machen und die Risse zu verbreitern während wir Alternativen nennen, durchsetzen und leben, werden wir die historische Endlichkeit des Kapitalismus erfahren. Es geht um nichts weniger als die globale Zukunft.

Noch einmal: Es ist nicht getan mit einer institutionellen Bereinigung. Es geht ums Ganze. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft, jenseits von Ausbeutung, Konkurrenz und Krieg. Wir brauchen radikale Veränderung. Denn die Krise heißt Kapitalismus.

DER KAPITALISMUS IST EINE

**PERMANENTE
KRISE**

[VON BEZWEIFELN NICHTS]

Aktionstage gegen den NATO-Gipfel 2009 in Baden-Baden / Strasbourg



Am 3. und 4. April 2009 treffen sich in Baden-Baden und Strasbourg die Regierenden der NATO-Staaten. Sie wollen den Geburtstag jener Organisation feiern, der sie die militärische Absicherung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht verdanken. Und sie planen dort die Zukunft der NATO, damit diese noch schlagkräftiger weltweit ihre Interessen kriegerisch durchsetzen kann. Wir werden Widerstand leisten. Wir werden unseren Widerstand auf den Straßen Baden-Badens und Strasbourgs manifestieren. Wir werden in das Geschehen eingreifen und den Regierenden einen Strich durch ihren wohlgeplanten Ablauf machen. Ihre selbstherrliche Inszenierung der Macht ist angreifbar! Wir rufen dazu auf, das NATO-Treffen zu belagern, zu umzingeln, zu blockieren! Wir rufen dazu auf, sich an den Demonstrationen und Aktionen zu beteiligen! Wir rufen dazu auf, massenhaft Blockaden und andere Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen das Treffen der KriegstreiberInnen zu setzen!

01. April 2009 in Strasbourg:

Beginn des Camps, abends: Internationales Eröffnungskonzert. Siehe auch: Kulturorganisation gegen den Natogipfel 2009

02. April 2009 in Strasbourg / Kehl:

Aktionstag mit verschiedenen thematischen Schwerpunkten

03. April 2009 in Strasbourg:

Eröffnung des Gegenkongresses

03. April 2009 in Baden-Baden:

Protest- und Störaktionen gegen das Gipfeltreffen der NATO-Staatschefs

04. April 2009 in Strasbourg:

8.00 h Beginn der Blockaden des Gipfelortes, 13.00 h Beginn der Internationalen Demonstration

Websites:

<http://www.no-to-nato.org>
www.myspace.com/stopnato
<http://www.dazwischengehen.org>

Die Krise ist auch eine Klimakrise.
Deshalb: Für ein ganz anderes Ganzes -

Die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen unsicher machen!

Während es mittlerweile gesamtgesellschaftlicher Konsens ist, dass der Klimawandel menschengemacht

ist, findet die Tatsache, dass der Klimawandel eine Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist, selten Erwähnung. Das gegenwärtige Wohlstandsniveau konnte nur durch einen gigantischen Raubbau der fossilen Energieträger erreicht werden. Kein Wunder also, dass die Industriestaaten, in denen der Kapitalismus sich zuerst entwickelte und lange am effektivsten funktioniert hat, diejenigen mit dem bei weiten höchsten pro Kopf-Ausstoß an Treibhausgasen sind. Eine Konsequenz aus den miteinander verschränkten Krisen könnte sein, sich vom Wachstumszwang zu lösen und an alternativen Wirtschafts- und Lebensweisen zu arbeiten. Eine ganz anders geartete Konsequenz ist die des business-as-usual, die wir bei den jährlich stattfindenden UN-Klimakonferenzen sehen können: Vom 7.-18.12.2009 findet in Kopenhagen die nächste Vertragsstaatenkonferenz statt. Ziel ist es, ein Nachfolgeabkommen für das 1997 verabschiedete und 2005 in Kraft getretene Kyoto-Protokoll zu beschließen.

Die bisherigen Klimarettungsmaßnahmen im Rahmen des Kyoto-Protokolls führten weder zu einem Rückgang von Treibhausgasemissionen noch der Nutzung fossiler Energieträger. Die globalen Treibhausgasemissionen stiegen kontinuierlich an. Der einzige Faktor der in den 90er Jahren in einigen Ländern zu



einem Rückgang der Emissionen führte, war der Niedergang der Industrie nach dem Zusammenbruch des Ostblocks.

Wenn wir die Klimaschutzpolitische Rhetorik der globalen Eliten mit der Realität konfrontieren, lässt sich eine gravierende Diskrepanz erkennen. Das Kyoto-Protokoll war ökologisch bestenfalls unwirksam, in sozialer Hinsicht hat es das Nord-Süd Gefälle ebenso verstärkt wie die Gegensätze in den einzelnen Staaten. In der Debatte um den grünen Kapitalismus zeichnet sich keine Abkehr von der naturzerstörenden Wachstumsökonomie ab, sie soll lediglich einen grünen Anstrich bekommen, oder, wie in einem Papier der Grünen zu lesen ist, die unsichtbare Hand des Marktes soll in Zukunft grün werden. Wie diese Begründung eines unsichtbaren Objekts in der Vergangenheit ausgesehen hat, soll im Folgenden beispielhaft umrissen werden:

Zur Ankurbelung des Emissionshandels, des angeblichen „Königswegs“ der Treibhausgasreduktion, werden Verschmutzungszertifikate an bestimmte Industriebereiche ausgegeben. Dabei

wurden a) die Zertifikate bis vor kurzem zu 100% verschenkt, b) mehr Zertifikate ausgegeben als überhaupt Emissionen verursacht werden und c) nur ausgewählte Industriebereiche beteiligt. Ein solches Instrument mag für die beteiligten Industrien ein Goldregen sein und im neoliberalen Denkmuster wirtschaftlich sinnvoll, vom ökologischen Standpunkt her ist es jedoch völlig unwirksam und im Sinne globaler Klimagerechtigkeit ein Desaster.

Dasselbe gilt für den *Clean Development Mechanism*, der dafür sorgt, dass klimapolitisches Handeln in den globalen Süden verlagert wird, damit im Norden die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht angetastet werden muss.

Wir meinen: Effektive Klimapolitik sieht anders aus! Was im Dezember in Kopenhagen verabschiedet werden soll, wird es den Industriestaaten und einigen Großkonzernen erlauben, unter dem Deckmantel angeblicher Klimarettungsmaßnahmen die Verschlimmerung des Klimawandels gewinnbringend zu verwerten. Wir

sagen: Nicht mit uns! In Kopenhagen müssen von vielen tausend Menschen aus Klima- und Umweltbewegungen, sozialen Bewegungen des globalen Südens, kritischen Gewerkschaftsspektren, MaydayaktivistInnen und vielen anderen Zeichen gesetzt werden. Egal ob wir den Gipfel einkesseln, stürmen oder blockieren, ob wir Aktionen gegen Kohlekraftwerke und Energiemonopolisten in und um Kopenhagen bevorzugen: es geht darum, wie vor zehn Jahren beim WTO-Gipfel in Seattle mit einer Vielzahl von Aktionen und Taktiken diesem Gipfeltreiben Einhalt zu gebieten und damit neue Denk- und Handlungsspielräume für eine ganz andere Klimapolitik und ganz andere Gesellschaftsentwürfe zu schaffen.

FeS Klima-AG

Mehr Informationen unter

<http://www.climateaction09.org/>

Klimawandel selber machen!

14 % der globalen Treibhausgasemissionen entstehen durch industrielle Landwirtschaft. Das heißt für uns, Subventionen für industrielle Landwirtschaft abschaffen und eine Absage an Agrarindustrie-Konzerne wie Monsanto und RWE! Stattdessen müssen wir die Dezentralisierung und Vergesellschaftung der Lebensmittelproduktion erkämpfen!

20 % der globalen Treibhausgasemissionen entstehen durch Verkehr. Deshalb muss öffentlicher Personennahverkehr ein kostenloses öffentliches Gut werden. Autos als individuelles Transportmittel gehören auf den Müllhaufen der Geschichte.

Den größten Anteil an der globalen Erwärmung und der Zerstörung des Planeten hat jedoch die Verbrennung fossiler Energieträger (Öl, Gas, Kohle). Hier müssen wir Bündnisse zur Enteignung der der Energiemultis organisieren und für eine Dezentralisierung der Energiegewinnung einsetzen. Wir müssen jetzt den Weg zu einer post-fossilen, „solaren“ Energieversorgung (Wind, Wasser, Sonne, Biomasse) einschlagen.

Viele Folgen des Klimawandels sind schon jetzt im globalen Süden mit voller Wucht zu spüren, und es wird in den nächsten Jahren noch mehr Dürren, noch mehr Landvertreibungen, Überschwemmungen, Epidemien und Ressourcenkriege geben. Deshalb ist die wichtigste Grundvoraussetzung für eine klimagerechte Welt: Grenzen auf für alle Flüchtlinge! Kapitalismus abschaffen!



Antifaschismus in Zeiten von Krise und Superwahljahr:

Die Berliner Kampagne „Zusammen! Gegen die NPD.“

Anlässlich der diesjährigen Wahlen zum Europaparlament, zur Bundestagswahl und den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen müssen wir davon ausgehen, dass Monate mit ungezählten NPD-Veranstaltungen, Parteitag, Nazi-Aufmärschen, Infoständen und Propagandaaktionen vor uns liegen. In Berlin sind die ersten Termine bereits klar: Nach dem NPD-Landesparteitag im März soll nun auch der Bundesparteitag der NPD am 4. April 2009 in Berlin stattfinden. Für den 1. Mai plant die NPD in Köpenick vor ihrer NPD-Parteizentrale ein Straßenfest.

Die Nazi-Partei

Die NPD ist seit Jahren die wichtigste Nazi-Organisation in Deutschland. Es gelingt ihr zunehmend in der politischen Auseinandersetzung ihre Positionen als eine Meinung unter vielen zu präsentieren. Und dies, obwohl sie sich positiv auf den Nationalsozialismus bezieht, seine Verbrechen leugnet und relativiert und offen gegen Minderheiten hetzt.

Als Partei stehen der NPD umfangreiche staatliche Gelder durch die Wahlkampfkostenerstattung und Parlamentariergelder zur Verfügung. Etwa zwei Drittel ihrer Ausgaben für Funktionäre, Büros und Öffentlichkeitsarbeit decken die staatlichen Zuschüsse, nur ein Drittel muss die Partei durch Mitgliedsbeiträge und Spenden finanzieren.

Außerdem hat sie Anspruch auf öffentliche Räumlichkeiten, die sie für Veranstaltungen, Schulungen und Parteitage nutzt. Damit dient die NPD als in der Szene allgemein akzeptierte übergeordnete Struktur für die gesamte militante Rechte in Deutschland. In wie weit sich der aktuelle Finanzskandal in der NPD und der Führungsstreit auf die Position der Partei auswirken, ist noch nicht abzusehen. Sie wird aber in jeden Fall die Wahlkampfzeit nutzen, um die Reihen zu schließen, weitere Mandate zu erobern und öffentlich Präsenz zu zeigen.

Auch das von der NPD in den nächsten Monate bearbeitete Themenspektrum ist klar: Neben dem üblichen Rassismus

und der mehr oder weniger offenen Verherrlichung des Nationalsozialismus stehen vor allem die soziale Frage und die Wirtschaftskrise im Mittelpunkt ihrer Agitation. Wie bei den Wahlen im Saarland und Sachsen unmittelbar nach der Einführung der HartzIV-Gesetze hofft die NPD auf die Mobilisierung der sozial Deklassierten und der vom Abstieg bedrohten Schichten. Die NPD wird alles daran geben, sich als politische Alternative zu präsentieren. Und in Zeiten, in denen die demokratischen Parteien nur Managerschelte, aber sonst nichts Sinnvolles zur Wirtschaftskrise bieten, könnte dies ein propagandistisches Einfallstor für die Nazis sein. Denn das Versprechen vom Kapitalismus ohne Spekulation und ohne globales Kapital wird sicherlich ein an den gesellschaftlichen Diskurs anschlussfähiges Moment haben.

Widerstand!

Doch die braune Propaganda trifft auf Widerstand. Nicht mehr nur linke antifaschistische Initiativen stellen sich den Rechten in den Weg, auch zivilgesellschaftliche Gruppen, Parteien, Gewerkschaften und Vereine engagieren sich stärker als vor einigen Jahren noch gegen die Nazis. Doch das ist noch lange nicht genug! Deshalb haben sich antifaschistische Gruppen aus Berlin, darunter auch FelS, zu der Kampagne „Zusammen! Gegen die NPD“ zusammengeschlossen. Ziel der

Kampagne ist, der NPD und ihrer Ideologie auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen entgegenzutreten. Dazu entwickeln und praktizieren wir unter anderen Aktionsformen, die möglichst vielen Menschen die Teilnahme an unseren Aktivitäten ermöglichen sollen.

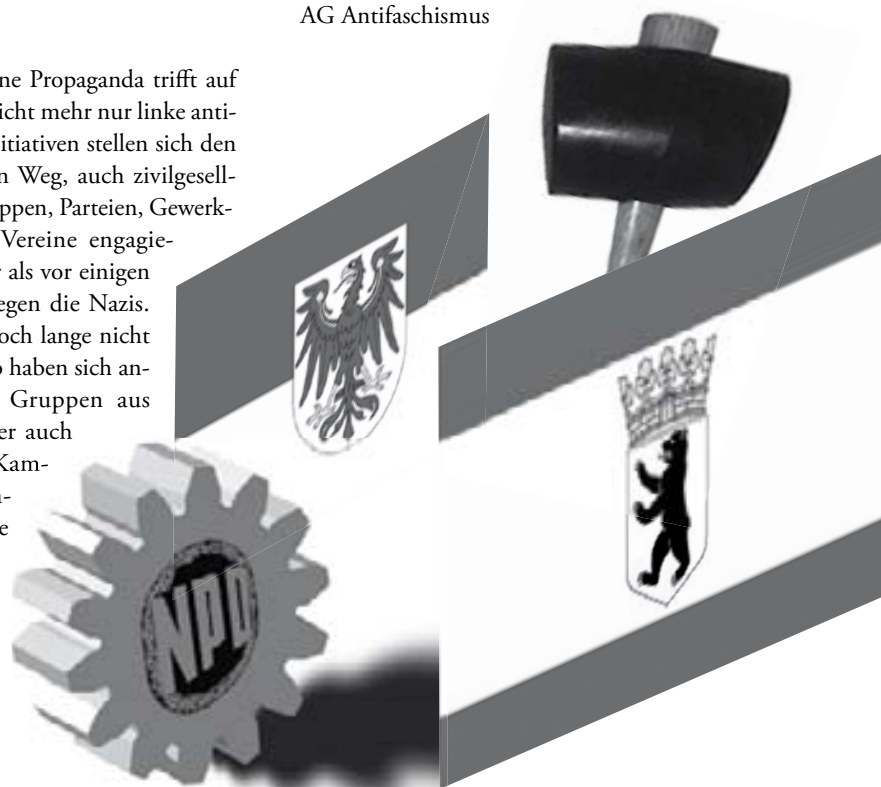
Die Zeit für so eine Kampagne ist günstig: Die NPD steckt in finanziellen und strukturellen Schwierigkeiten, die Kameradschaften wollen nicht länger Steigbügelhalter für die parlamentarische Karriere der Funktionäre sein und schließlich steht die Partei durch die andauernde Verbotsdebatte nach wie vor erheblich unter Druck. In dieser Situation können und müssen wir versuchen, die NPD als größte Nazi-Organisation, als Rückzugsraum der Kameradschaften und als staatlich subventionierte rechte Propagandamaschine auszuschalten.

Also: Informiert euch, werdet aktiv und unterstützt die Kampagne „Zusammen! Gegen die NPD.“. Beteiligt euch an den Protesten gegen den Bundesparteitag und den NPD-Aufmarsch in Berlin Köpenick!

FelS
AG Antifaschismus

Mehr Informationen unter

www.zusammen-gegen-die-mpd.de



ES GIBT VIELE ARTEN VON KRISEN

➤ Diese Krise ist eine permanente Krise. Täglich zwischen Spaß, Ichstress, Arbeit, Kneipe, Kontostand, Lohnverzicht, Hartz IV, Wochenende, Standortkonkurrenz, Krieg und anderen Facetten unseres Lebens. Guten Tag auch! ➤ Wir laden Euch ein zum offenen Block auf der Demonstration »Wir zahlen nicht für Eure Krise!«. Wir wollen mit euch die aktuell geäußerten Forderungen nach sozialer Grundsicherung, dem Erhalt von Arbeitsplätzen oder gegen Kürzungen sozialer Leistungen mit Perspektiven radikaler Gesellschaftsveränderung verbinden und den standortnationalistischen Krisenbewältigungsstrategien entgegen treten. ➤ Bringen wir die unterschiedlichen Kämpfe um konkrete Verbesserungen unserer Lebensbedingungen zusammen. ➤ Unser Block: einladend, entschlossen, nicht abgeschlossen, bewegt statt statisch ➤ Bringt Euch, Transpis, Sprechblasen und weitere Ideen mit ➤ Treffpunkt ist der LKW des Blocks mit dem Motto »Die Krise heißt Kapitalismus!« und beim pinken Ballon! ➤ Für ein gutes Leben jenseits von Krise & Kapitalismus! Wir sehen uns.

WIR LADEN EIN ZUM OFFENEN BLOCK »DIE KRISE HEISST KAPITALISMUS« / WWW.FELS-BERLIN.DE
DEMONSTRATION / 28.MÄRZ 2009 / 12UHR / ROTES RATHAUS / BERLIN

Termine



Websites

fels-berlin.de

twitter.com/felsberlin

www.myspace.com/euromayday_berlin

28.03.: Internationaler Aktionstag / Großdemo in Berlin: Wir zahlen nicht für Eure Krise: 12.00 Uhr Rotes Rathaus

31.3., 20:00: Last Tuesday / FeIS-Stammtisch, Freies Neukölln, Pannierstr. 54 (Ecke Weserstr.)

01.-04.04.: Aktionstage gegen den NATO-Gipfel 2009 in Baden-Baden / Strasbourg

04.04. Aktionen gegen den NPD-Bundesparteitag in Berlin-Reinickendorf

15.04., 19:00: Mayday Veranstaltung zu linken Interventionen bei Streiks (z.B. AEG, BSH) und darüber hinaus, im Kato, U-Bahn Schlesisches Tor

20.04.: Veranstaltung der FeIS-Intersol-AG: „Lager in Brandenburg und Praxen des Widerstands“ Mayday-Café, ab 17 im Zielona Gora, Grünbergerstr. 73, Friedrichshain

21.04., 19:00: Gruppe Blauer Montag + FeIS debattieren das Buch „Risse im Putz“, Buchladen Schwarze Risse, Mehringhof, Gneisenastr. 2a

24.4. 20:00 „Zerstör‘ die Firma in dir.“ Hörspiel von René Pollesch, anschließend Schallplattenunterhaltung, B-Lage (Mareschstr. 1)

29.04., 19:00: Mayday Videokundgebung - Hermannplatz

01.05., 14:00: Mayday, Ort siehe maydayberlin.blogspot.de

NPD-Aufmarsch in Köpenick/Berlin (achtet auf Ankündigungen)

08.05.: Tag der Befreiung

13.05.09, 19:30: Film/Veranstaltung: „Mit einem Lächeln auf den Lippen“ - auch Illegalisierte haben Rechte, mit Filmemacherin

16.05., 23:00: Festsaal Kreuzberg, Skalitzerstr. 130 „Bordercrossing“ Antira-Soliparty

21.-24.05.: 32. BUKO-Kongress Lüneburg: „Under Construction“

Transformationen in Zeiten der Krise: Ökonomie, Bildung, Klima

26.5., 20:00: Last Tuesday / FeIS-Stammtisch, Freies Neukölln, Pannierstr. 54 (Ecke Weserstr.)

22.-29.08.: No Border-Camp in Lesbos/Griechenland